



Thema: attac,

URL: http://www.oekonews.at/index.php?mdoc_id=1092056



Tageszeitung für Erneuerbare Energie und Nachhaltigkeit

FREITAG, 27. Juni 2014
35.704 Artikel Online

- SONNENENERGIE
- WINDENERGIE
- WASSERKRAFT
- BIOENERGIE
- ERSATZ FOSSILER ENERGIE
- NACHHALTIGKEIT
- SOLARES BAUEN
- NETWORKING

Lohn- & Gehaltstabellen

wko.at/KV-Datenbank

Exklusiv für WKW-Mitgliedsbetriebe: Kollektivdatenbank mit allen Infos.

ihre@email.adresse

Gratis Newsletter bestellen

WICHTIGER ARTIKEL

HÄNDE weg von der SONNE!! SONNENSTROMPETITION!!!!

Suchbegriff eintippen

- Suchen
- Erweiterte Suche
- IE7 & Firefox Such-Plugin
- Kontakt/Impressum
- Über oekonews
- Haftung
- Partner
- RSS



Sparen

renault-bank-direkt.at/Sparen

Mit der Renault Bank direkt einfach Geld anlegen und profitabel sparen!

HOME | NACHHALTIGKEIT | UMWELTSCHUTZ |

Jetzt gegen Freihandelsabkommen protestieren

27.6.2014
AK, ÖGB und GLOBAL 2000 Netzwerk Friends of the Earth machen Teilnahme an EU-Befragung möglich



Bild: © Umweltinstitut München

Bis 6. Juli unter www.no2isds.eu/de an der Befragung der EU-Kommission teilnehmen und Klagerechte für Konzerne verhindern

Die EU-Kommission hat Ende März dieses Jahres aufgrund der massiven Kritik aus der Zivilgesellschaft eine Online-Konsultation zu Klagerechten für Konzerne im Rahmen des Handelsabkommen TTIP (ISDS) gestartet. Ziel der Umfrage ist es, die Ansichten der EU-BürgerInnen und verschiedener StakeholderInnen abzufragen. „Die wichtigste Frage wird jedoch erst gar nicht gestellt, nämlich: Wollen die BürgerInnen der EU überhaupt ein Investoren-Staats-Klagerecht innerhalb des geplanten Handelsabkommens zwischen der EU und den USA (TTIP) oder nicht?“ kritisiert Alexandra Strickner, Obfrau von Attac Österreich.

Aus Sicht des AK Präsidenten Rudi Kaske ist die Kritik am EU-USA-Freihandelsabkommen berechtigt, insbesondere die Sorge um die Investitionsschutzbestimmungen: „Dieses Abkommen würde die Macht der Konzerne ins Unermessliche steigern. Ich will nicht, dass Schutzbestimmungen für ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen der Geldgier der Multis geopfert werden.“ Kaske fordert alle Bürgerinnen und Bürger dazu auf, unter www.no2isds.eu/de dagegen zu protestieren. Auch der Schutz der Daseinsvorsorge ist aus Sicht der AK im Abkommen nicht gewährleistet. „Öffentliche Dienstleistungen dürfen nicht zum Spielball von Profitinteressen großer multinationaler Konzerne werden. Wasser, Bildung, Gesundheit und andere Dienstleistungen der Daseinsvorsorge gehören in die öffentliche Hand“, so Kaske.

„Handels- und Investitionsabkommen hatten immer schon direkte Auswirkungen auf das alltägliche Leben der BürgerInnen, ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen“, sagt ÖGB-Vizepräsidentin Sabine Oberhauser. „Umso wichtiger ist es, sie alle durch ihre Vertretungen in die Verhandlungen einzubinden. Die Europäische Kommission will aber genau das Gegenteil, die Verhandlungen über das Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) sollen hinter verschlossenen Türen stattfinden.“ Bei derart einschneidenden Vereinbarungen, die sich direkt auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen auswirken, sei das laut Oberhauser völlig inakzeptabel. „Wenn über Arbeitsrechte, ArbeitnehmerInnenschutz, Löhne und mehr verhandelt wird, dann müssen Gewerkschaften mit am Tisch sitzen“, fordert Oberhauser. „Sonst passiert genau das, was nun ohnehin als Bedrohung im Raum steht: Die Interessen, die Gewinne der Konzerne zählen mehr, als ArbeitnehmerInnen, Umwelt, KonsumentInnen.“

Die Online-Befragung läuft noch bis 6. Juli, doch die offizielle Seite der EU bietet alles Andere als eine einfache Möglichkeit, sich zu ISDS zu äußern. Dr. Reinhard Uhrig, Geschäftsführer GLOBAL 2000: „Kompliziert formulierte Fragen, wenig Zeit und generelle BenutzerInnenunfreundlichkeit machen das Ausfüllen der Konsultation zu einem echten Spießrutenlauf.“ Schafft man es nicht, die Fragen in der vorgegebenen Zeit zu beantworten, schließt sich das Programm und alle Einträge sind gelöscht. Zwischenspeichern ist nicht möglich.

Jeder kann über das Online-Tool von AK, ÖGB und Friends of the Earth Europe einfach und ohne Umstände klar machen, dass das Klagerecht inakzeptabel ist!

Um es einer möglichst großen Zahl an Menschen zu ermöglichen, an der Befragung teilzunehmen und sich kritisch zu äußern, stellen AK, ÖGB und das GLOBAL 2000 Netzwerk Friends of the Earth Europe ein Online-Tool zur Verfügung, mit dem sich jeder und jede ganz einfach gegen die Übermacht internationaler Konzerne im Abkommen aussprechen kann. Unter www.no2isds.eu kann der Fragebogen auch auf Deutsch einfach befüllt werden.


Firmen sollen Staaten klagen können? SteuerzahlerInnen würden schlussendlich zur Kasse gebeten

Durch das ISDS wird den Konzernen das Recht eingeräumt, Staaten zu verklagen, wenn diese ein Gesetz oder eine neue Regulierung verabschieden, durch die den Konzernen ein Gewinnentgang entstehen könnte. Sie sollen dann über ein privates Schiedsgericht die Staaten auch auf möglichen zukünftigen Gewinnentgang klagen können. Summen von mehreren Millionen Euro müssten so von den Staaten gezahlt werden. Diese Kosten tragen letztlich wieder die SteuerzahlerInnen. Zudem haben die privaten und auf Profit ausgerichteten Schiedsgerichte auch ein Interesse, diese Klagemöglichkeit aufrecht zu erhalten.

Konzerne dürfen rechtlich nicht mit Staaten gleichgestellt werden!

Durch ISDS werden demokratische Strukturen untergraben und Konzerne mit Staaten gleichgestellt. All das soll auch im Rahmen des geplanten Handelsabkommens zwischen der EU und den USA möglich sein. Betroffene Bereiche wären etwa Umwelt- als auch ArbeitnehmerInnen-Schutz. Um der EU-Kommission mitzuteilen, dass dieses Klagerecht auch massive Auswirkungen auf jeden Bürger und jede Bürgerin in der EU hat, ist eine möglichst hohe Beteiligung wichtig.

Weitere Informationen und ausführliche Anleitung zur Beantwortung der Fragen: unter www.ttipp-stoppen.at

Artikel teilen: 

Was heißt hier Nachhaltigkeit?

Linkliste Nachhaltigkeit

FACEBOOK

 oekonews.at

 Gefällt mir 3.534



WEITERE ARTIKEL

Jetzt gegen Freihandelsabkommen protestieren

Österreich darf Rechtsschutz in Umweltangelegenheiten nicht weiter verweigern

Wie Umweltverhalten verändern?

Ruppachter will Österreich zum Vorreiter beim Klimaschutz machen

Eine Tüte Eis vom Eissalon oder ein Schlecker aus dem Supermarkt - was ist umweltfreundlicher?

Nationalrat setzt wichtiges Signal für verbindliche Klima- und Energieziele in Europa

Österreich ist EU- Spitze beim Recycling

Nachhaltigkeit oder Resilienz?

Zeige ältere Artikel aus diesem Ressort

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag




Thema: attac,


URL: http://www.oekonews.at/index.php?mdoc_id=1092056

Artikel Online geschaltet von: / holler /

■ Artikel senden ■ Artikel drucken

Energiespeicher enerstore ▶

 hid-europe.de
Für eine effiziente Nutzung erneuerbarer Energien




Komentieren via ... ▼

kutscherkarl (angemeldet über yahoo)

TTIP&Co können nicht auf dem Rücken der Menschen Europas das Kraut der Konzerne fett machen, es MUSS der Spielraum der menschlichen Freiheit gewährleistet bleiben, was da die Amis gerne missachten würden zugunsten ihres Eroberungswillen.
Bauernfängerei nennt man solche Vorhaben!
Ukraine ist der beste Beweis, dass diese mittels 5 Milliarden frisch gedruckter Dollar-Scheine, nun der Meinung sind, dass sie damit die ganze Ukraine samt Mann und Maus in ihr Eigentum bekommen haben und damit machen können wie es ihnen lustig ist!
Dass vielleicht die Menschen damit um ihr Selbstbestimmungsrecht gebracht werden, damit sich die Banksters noch fetter fressen können als sie es ohnehin sind.

[Antwort](#) · [Gefällt mir](#) · vor 29 Minuten

 Soziales Plug-in von Facebook